



Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode 2008 – 2012

33. Sitzung vom 18. Juni 2012

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00–22.20 Uhr

Leitung: Christian Schaub

Anwesend: 38 Mitglieder

Abwesend: J.-B. Urech, D. Zimmermann

Präsident:

Protokoll:

Christian Schaub

Sandra Sprecher

Mitteilung des Präsidenten

Christian Schaub begrüsst die Anwesenden zur letzten Sitzung der Legislatur. Er weist darauf hin, dass die Geschäfte heute nur bis 21.30 Uhr behandelt werden, weil danach die abtretenden Gemeinde- und Einwohnerrät/-innen verabschiedet werden und bittet deshalb um kurze Voten.

Neu eingereichte Vorstösse

- | | |
|---|-----|
| - Dringliche Motion, Ch. Anliker, SVP: Steuersenkung jetzt! | 255 |
| - Anfrage U.-P. Moos, SVP: Abrechnung Gesamtprojekt Schlosspark | 256 |
| - Motion U.-P. Moos, SVP: Fachstelle Spray-Out und Programm Spray-Ex auch für Binningen | 257 |

Christoph Anliker, SVP, vertritt die Meinung, dass seine Motion dringlich ist, weil der Budgetprozess in der Anfangsphase ist und man noch Änderungen einbringen könnte. Da weitere Gründe Gegenstand der Detailberatung wären, nennt er nur noch den diesjährigen Überschuss von CHF 10 Millionen, der seiner Ansicht nach Grund genug ist, die Steuern zu senken.

ABSTIMMUNG

Die Dringlichkeit der Motion wird mit 27 Nein zu 9 Ja bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Traktandenliste

Geschäft Nr.

1. Genehmigung des Protokolls vom 14.5.2012
2. Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012:
Erwahrung Wahl des Gemeindepräsidenten 248
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012 / Antrag der GRPK vom 1.6.2012:
Jahresbericht 2011 242
Geschäftskreisführung: Mike Keller
4. Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012:
Legislaturprogramm 2008–2012 des Gemeinderats: Schlussbericht 250
Geschäftskreisführung: Charles Simon
5. Bericht der GRPK vom 30.5.2012:
Bericht der GRPK: Schlosssanierung/Rechnung 2008 253
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012:
Rückständebericht 2012 232
Geschäftskreisführung: Charles Simon
7. Bericht Spezialkommission/Kenntnisnahme:
Zweiter Zwischenbericht Spezko Prüfung Bauabrechnung Schlosspark 254
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012
Umzonung Stamm Areal 249
Geschäftskreisführung: Agathe Schuler
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012
KESB-Vertrag Gemeinden Leimental 251
Geschäftskreisführung: Heidi Ernst
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012
Verpflichtungskredit zur Renovation der Liegenschaft Curt Goetz-Strasse 2 (Resch-Haus) in der Höhe von CHF 900 000 247
Geschäftskreisführung: Heidi Ernst
11. Bericht / Antrag des Einwohnerratsbüros vom 29.5.2012:
Motion SP: Kommissionsreglement: Stellungnahme des ER-Büros betreffend Überweisung 228
Geschäftskreisführung: Charles Simon
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 17.4.2012:
Investitionsbeitrag CHF 100 000, Kunstverein Binningen, „Binningen enlightened“ 238
Geschäftskreisführung: Bruno Gehrig
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.5.2012:
Mietzinsbeiträge: Revision 239
Geschäftskreisführung: Anne Mati
14. Diversa

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 14.5.2012

Das Protokoll der Sitzung vom 14.5.2012 wird genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

Nr. 248

Erwahrung Wahl des Gemeindepräsidenten

ABSTIMMUNG

Einstimmigkeit.

BESCHLUSS

://: 1. Die Stille Wahl von Michael (Mike) Keller, FDP, als Gemeindepräsident für die Amtsperiode vom 1. Juli 2012 bis 30. Juni 2016 wird erwahrt.

Traktandum 3

Nr. 242

Jahresbericht 2011

Vreni Dubi, SP: Wie schon in den letzten Jahren fällt die Rechnung besser als erwartet aus. Dieses Jahr beträgt der Überschuss beinahe CHF 10 Millionen. Zusätzliche Steuern und Zahlungen (der IWB) brachten CHF 4,5 Mio., der Wegfall des Teuerungsausgleichs für das Personal, weniger Investitionen im Baubereich und Minderausgaben wegen des Finanzausgleichs und wegen kleinerer Schulklassen und jüngerer Lehrkräfte steuerten den Rest bei. Der Bruttoüberschuss wird vor allem für zusätzliche Abschreibungen, Einlagen für das Garderobengebäude Spiegelfeld und für die Schulraumplanung gebraucht. Ausserdem fliesst ein Teil in Rückstellungen für die Pensionskasse.

Die GRPK ist im Grossen und Ganzen mit der Ergebnisverwendung einverstanden. Sie beantragt nur, dass bei der Schulraumplanung nicht nur spezifisch die energetischen Massnahmen vorfinanziert werden, sondern die gesamte Planung.

In der Kommission wurde klar deklariert, dass trotz des guten Ergebnisses eine rückwirkende Steuer-senkung von keiner Fraktion beantragt wird.

Den Blick in die Zukunft mit den noch nicht berechenbaren Faktoren wie z.B. das neue Rechnungsle-gungsmodell oder die Pflegefinanzierung ist auf der zweiten Seite des Berichts zu finden.

Im Wissen um den guten Abschluss ist es für einen Teil der GRPK-Mitglieder fraglich, ob die zum Teil bescheidenen Einsparungen bei den KAP-Massnahmen gerechtfertigt waren. Deshalb erwartet die Kommission in Zukunft, dass der Gemeinderat nicht nur aufzeigt, welche weiteren KAP-Massnahmen umgesetzt werden sollen. Er soll auch die Effizienz der bereits im 2011 eingeführten Massnahmen de-klarieren.

Bei den Details der Produktgruppen ist dieses Jahr nicht Wesentliches aufgefallen. Es muss dazu allerdings gesagt werden, dass bis zur Schlussbesprechung nicht von allen Subkos die Ergebnisse der Untersuchungen vorlagen, was sehr bedauerlich ist.

Die Anträge der Kommission decken sich mit denjenigen des Gemeinderats bis auf die bereits erwähnte Streichung des Zusatzes „für energetische Massnahmen“ bei der Schulraumplanung.

Vreni Dubi weist darauf hin, dass dies ihr letzter Auftritt als Kommissionspräsidentin ist – ein Posten, den sie unfreiwillig übernehmen musste. Sie bedankt sich ganz besonders beim Vize-Präsidenten Gerhard Metz, der jeweils einen Teil der Berichtabfassung übernahm. Weiterer Dank geht an alle GRPK-Mitglieder, die zu einer angenehmen Atmosphäre während der Sitzungen beigetragen haben. Auch bei den Mitgliedern der Verwaltung, die jeweils Informationen geliefert und Fragen beantwortet haben und insbesondere beim Verwalter, dem Abteilungsleiter Finanzen und dem Sekretariat bedankt sich die Rednerin herzlich.

EINTRETEN:

Stefan Kaiser: Die FDP hat das positive Resultat mit Genugtuung zur Kenntnis genommen. Der Selbstfinanzierungsgrad von 100 Prozent wurde über acht Jahre erreicht, wenn die weitere Abschreibungszeit von 16 Jahren betrachtet wird, sind es sogar 108 Prozent. Einmal mehr gab es ausserordentliche Faktoren, die sich positiv auf das Ergebnis ausgewirkt haben. Einer davon sind Steuereinnahmen, die für die Gemeinde erfreulich sind, doch ist die Partei mit dem Gemeinderat einig, dass solche Einnahmequellen nicht planbar sind. Man ist der Ansicht, dass die KAP-Massnahmen ein wichtiger Bestandteil der Gemeindeaufgaben sind. Dabei geht es nicht nur ums Sparen, sondern auch darum aufzuzeigen, ob die Prozesse in der Verwaltung und den geschäftlichen Abläufen effizient sind. Das muss permanent überprüft werden. Die vergangenen kritischen Geschäfte sind in Kommissionen und die zukünftigen hoffentlich auch bald. Die FDP denkt dabei vor allem an das neue Rechnungslegungsmodell und sie erwartet vom Rat, der GRPK und dem Gemeinderat, dass das Geschäft gut vorbereitet und begleitet wird. Man hofft auf gute Lösungen – vor allem was den § 41 der Gemeindeordnung (Schuldenbremse) betrifft. Binningen soll weiterhin schwarze Zahlen präsentieren können.

Die Partei ist auch was eine Steuersenkung betrifft, mit dem Gemeinderat einig. Dieses Thema ist zu diskutieren und genau anzuschauen, denn man ist der Meinung, dass sich ein stabiler Steuerfuss positiver auswirkt und eine gewisse Planungssicherheit garantiert. Es soll Binningen nicht wie Bottmingen ergehen, das über eine Steuererhöhung nachdenkt, weil ein neues Schulhaus gebaut werden muss. Die FDP unterstützt die Anträge des Gemeinderats und der GRPK.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Binningen muss sich zumindest um die Finanzen keine Sorgen machen. Auch diese Rechnung fällt besser aus als das Budget. Das ist sicher erfreulich, doch sind die Differenzen zwischen Voranschlag und Rechnung mittlerweile relativ gross geworden. So ist es schwierig, zu argumentieren, dass man finanzpolitisch auf gutem Weg ist und auch die Massnahmenüberprüfung lässt sich immer schlechter rechtfertigen. Nur weil Vorfinanzierungen getätigt und Rückstellungen gemacht wurden, konnte aus dem veranschlagten Defizit von CHF 1,8 Mio. eine schwarze Null entstehen. Alle Investitionen wurden voll abgeschrieben, zusätzliche Abschreibungen wurden gemacht, es flossen CHF 4 Mio. in Vorfinanzierungen und CHF 3 Mio. in Rückstellungen. Die Analyse sagt, dass der grösste Anteil am guten Ergebnis ausserordentliche Faktoren – und somit einmalig – sind.

Binningens finanzieller Weitblick ist getrübt. Es fehlt der feste Boden unter den Füßen, der erlaubt, von der Verlässlichkeit der Steuerpolitik überzeugt zu sein. Verlässlichkeit in diesem Bereich ist für die Partei ein hohes Gut. Sie ist der Meinung, dass es verfrüht und verantwortungslos ist mit diesem Hintergrund über Steuererhöhungen oder –senkungen zu diskutieren. Man weiss nicht, was die neue Rechnungslegung bringt, ausserdem sind Grossprojekte wie die Schulraumplanung und die Ausfinanzierung der Pen-

sionskasse angesagt. Die Auswirkungen der neuen Pflegefinanzierung und die Schwankungen im Finanzausgleich sind weitere Unsicherheiten. Die Grüne/EVP hat grossen Respekt vor der Ausgestaltung der neuen Rechnungslegung, da allerlei Begehrlichkeiten aufkommen werden, die ausgiebig und in Ruhe diskutiert werden müssen. Deshalb ist es der falsche Zeitpunkt für Schnellschüsse und die Partei unterstützt die auf Kontinuität ausgerichtete Finanzpolitik des Gemeinderats. Sie ist einverstanden mit der Ergebnisverwendung und der Modifikation der GRPK.

Silvia Bräutigam: die CVP bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für den Bericht. Sie hat den positiven Abschluss erfreut zur Kenntnis genommen. Höhere Steuereinnahmen von ein paar Einwohnern sowie eine Rückerstattung der IWB haben dazu geführt. Man ist sich bewusst, dass diese enormen Mehreinnahmen nicht selbstverständlich und auch nicht wiederkehrend sind.

Bei kommenden KAP-Sparmassnahmen wird die CVP keine Unterstützung mehr bieten. In nächster Zeit werden die Schulraumplanung, die Deckung der Finanzierungslücke der PK und die Pflegefinanzierung auf die Gemeinde zukommen und aus diesem Grund ist eine Steuersenkung für die Partei kein Thema. Sämtliche Anträge der GRPK werden unterstützt.

Urs-Peter Moos: Die SVP ist vom guten Resultat nicht überrascht, sie hat das vorausgesehen, jedoch nicht in solchem Ausmass erwartet. Die Anträge der Partei im 2010 und 2011 zur Senkung des Steuerfusses um 1 bis 2 Prozent zeigen sich im Nachhinein als sehr angemessen.

Wenn man die Anträge des Gemeinderats betrachtet, erkennt man die Situation: Binningen weiss nicht wohin mit dem Geld. Es werden CHF 3 Millionen für die Pensionskasse verwendet, sämtliche Bauprojekte sind auf Null abgeschrieben, auch kommende sind teilweise zu 100 % vorfinanziert.... Seit Jahren hört man, es soll nicht übereilt von Steuersenkungen gesprochen werden. Die GRPK führt neun Punkte auf, die zu den Mehreinnahmen geführt haben. Auch nächstes Jahr wird es wieder ein paar Gründe geben, warum mehr Geld als erwartet eingenommen wurde. Da ein Minus von CHF 1,8 Millionen budgetiert war, beläuft sich der Gewinn auf insgesamt CHF 11,67 Mio.

Die SVP ist etwas irritiert, weil die Bürgerlichen nach wie vor nichts von einer Steuersenkung wissen will, denn es ist ja nicht nötig, dass zuviel Steuern bezahlt werden. Die Anträge der GRPK werden einstimmig unterstützt.

Christoph Anliker, SVP: Im Bericht steht: „Die Mehreinnahmen bei den Steuern können wiederkehrend sein.“ (S. 7/60). Von ausserordentlichen Faktoren zu reden ist wohl etwas fragwürdig. Einige Zeilen weiter unten im Bericht spricht der Gemeinderat von voraussichtlichen Steuermehreinnahmen von CHF 3 Mio. für nächstes Jahr. Das zeigt doch deutlich, dass Binningen genug Geld hat und haben wird. Zum Beispiel Bottmingen meint der Redner, dass es einfach Ansichtssache ist, ob für ein Schulhaus gespart wird oder ob der Gemeinderat klar und ehrlich mitteilt, dass der Wunsch nach einem neuen Schulhaus die Gemeinde CHF 5 Millionen kostet.

Zum Thema HRM2 verweist Christoph Anliker auf einen Artikel in der Handelszeitung mit dem Titel „Kantone rechnen sich reich“ und Andeutungen über Finanztricks. Er ist froh, wenn das Geschäft so schnell wie möglich in der GRPK ist.

Severin Brenneisen: Die SP nimmt die sehr gute Jahresrechnung zur Kenntnis. Die Gründe für das gute Resultat wurden genannt. Viele der ausserordentlichen Ereignisse waren wahrscheinlich letztes Jahr schon bekannt und es wäre in der Budgetdebatte hilfreich gewesen, wenn man dazumal davon gewusst hätte. Severin Brenneisen fordert deshalb den Gemeinderat auf, in Zukunft auf zu erwartende Mehreinnahmen rechtzeitig hinzuweisen.

Die SP-Fraktion ist mit der vorliegenden Ergebnisverwendung einverstanden und unterstützt sie. Sowohl die Schulraumplanung als auch die Pensionskasse werden wesentliche Kosten generieren und es ist richtig, das Geld dann zur Seite zu legen, wenn man es hat.

Gemeinderat Mike Keller bedankt sich für die positive Aufnahme der Rechnung.

Er macht deutlich klar, dass der Gemeinderat keine Bilanztricks anwendet und die Buchhaltung den Vorschriften entspricht.

Zu den wiederkehrenden Mehreinnahmen: Wie man in den letzten Jahren gesehen hat, können ausserordentliche Steuereinnahmen wiederkehrend sein, doch können über die Höhe und das Ausmass keine Prognosen gemacht werden.

A propos „Die Gemeinde weiss nicht wohin mit dem Geld“: Mike Keller weist darauf hin, dass mit der GRPK abgemacht wurde, dass man sich ab August/September intensiv mit dem neuen Rechnungslegungsmodell auseinandersetzt und in der Vorbereitung zum kommenden Budget über den Paragraphen 41 (Schuldenbremse) diskutiert werden muss. Das soll zusammen gemacht werden und anhand der gewonnenen Erkenntnisse wird man sehen, welche Auswirkungen das Ganze auf die künftige Budgetierung hat. Mit dem gemeinsamen Aufarbeiten der noch unsicheren Faktoren wie Pflegefinanzierung, Asylwesen, Finanzausgleich, Schulraumplanung, Nachmittagsbetreuung etc. soll bis im Herbst eine Grundlage geschaffen werden, die es erlaubt, sich über die Steuersituation in Binningen mit Fakten Gedanken zu machen. Weiter wurde vereinbart, dass Modellrechnungen erstellt werden anhand derer man sieht, welcher Steuersatz, welcher Steuerfuss zu welchen Auswirkungen führt.

FDP, Markus Ziegler wollte Einiges sagen, das nun Mike Keller vorweg genommen hat. Bisher hat man einige Ideen und gegenseitige Schuldzuweisungen gehört, doch sollte bedacht werden, dass bei der heutigen Debatte der Steuerfuss gar nicht zur Disposition steht. Die FDP möchte eine straffe Sitzung und hat bewusst nichts zur Dringlichkeit gesagt. Heute ist nicht der Zeitpunkt um über den Steuersatz zu sprechen, sondern dann, wenn es ums Budget geht. Die Fraktion ist nach den Sommerferien gerne dazu bereit.

Roy Ewald, SVP fragte sich beim Lesen des GRPK-Berichts, wer den Fehler bemerkt hat, der zur Rückerstattung der IWB von CHF 0,8 Millionen geführt hat. War es die Verwaltung oder die IWB? Da es sich um die Wasserrechnung handelt möchte er gerne wissen, ob er als Privatperson auch auf eine Rückerstattung hoffen darf.

SVP, Christoph Anliker betont, dass er im Zusammenhang mit Bilanztricks die Handelszeitung erwähnt hat und er weder dem Gemeinderat noch der Verwaltung unterstellt, sie würden Finanztricks anwenden.

Er findet, dass heute der richtige Zeitpunkt ist um über den Steuerfuss zu sprechen, denn an bei der Budgetdebatte wird auch immer gestöhnt, sie sei überladen. Anscheinend ist nie der richtige Moment dafür.

SVP, Urs-Peter Moos: Die Dringliche Motion hat einen einfachen Grund: Bei zwei Budgetdebatten fiel die FDP über die Anträge der SVP zur Steuersenkung aus allen Wolken. Damit sie sich bis zur Budgetdebatte genügend vorbereiten kann, hat die SVP bereits jetzt eine Dringliche Motion eingereicht.

Patricia Kaiser, SP, stellt einen Ordnungsantrag und will endlich über die Anträge abstimmen lassen.

ABSTIMMUNG:

Abstimmung Ordnungsantrag: (38 Anwesende)

22 Ja

15 Nein

1 Enthaltung

Abstimmung Anträge des Gemeinderats

3.1. bis 3.4. werden grossmehrheitlich oder einstimmig angenommen.

Urs-Peter Moos: Die SVP-Fraktion ist gegen eine Aufstockung des Kulturfonds. Das Thema war einmal in der GRPK, es gab einen Bericht zuhanden des Einwohnerrats, der zurückgezogen wurde. Seither hat man nichts mehr davon gehört. Die Fraktion findet es aber richtig und wichtig, dass über den Bericht diskutiert wird. Sie stellt den Antrag, dass das Geld vom Kulturfonds zu c) kommt.

Antrag SVP: Teil III Anträge, 5.) Ergebnisverwendung

c) CHF2'865'116 statt CHF2'800'000

d) CHF 0.00 statt 65'116

25 Nein, 10 Ja, 3 Enthaltungen

Abstimmung Antrag GRPK: 3.5.c) Streichen „für energetische Massnahmen“

Einstimmig angenommen.

Anträge 3.5. a, b, e, f, g

29 Ja, 1 Nein, 8 Enthaltungen

Antrag 3.6:

Einstimmig angenommen.

Schlussabstimmung:

Einstimmig.

BESCHLUSS

://: 3.1. Die Leistungsberichte gemäss Beilage werden genehmigt.

3.2. Die Globalrechnungen mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 34 563 876 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 618 284
Steuern	CHF	311 502
Gesundheit	CHF	3 946 644
Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 307 558
Bildung	CHF	13 992 483
Öffentliche Sicherheit	CHF	766 773
Soziale Dienste	CHF	5 966 153
Verkehr, Strassen	CHF	2 245 701
Versorgung	CHF	476 269
Raumplanung, Umwelt	CHF	932 510

3.3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets gemäss Tabelle 4 in Kapitel 5 mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 34 565 074 werden genehmigt.

3.4. Die Laufende Rechnung 2011 mit Aufwendungen von CHF 82 931 858, Erträgen von CHF 82 933 056 und einem Ertragsüberschuss von CHF 1198 wird genehmigt.

3.5. Ergebnisverwendung

Der Bruttoüberschuss 2011 von CHF 8 229 069 (a+b+c+d+e+f-g) wird wie folgt verwendet (Zahlen gerundet):

a) Zusätzliche Abschreibungen gem. Anhang I	CHF	9 741 360
b) Einlage in Vorfinanzierungen für Planung und Bau des Garderobengebäudes beim Sportplatz Spiegelfeld	CHF	1 075 000

c) Einlage in Vorfinanzierungen im Rahmen der Schulraumplanung	CHF	2 800 000
d) Einlage in Kulturfonds	CHF	65 116
e) Zuweisung Rückstellung Pensionskasse	CHF	3 000 000
f) Zuweisung an das Eigenkapital	CHF	1198
g) Entnahme aus Vorfinanzierungen gem. Anhang VI	CHF	8 453 605

3.6. Die Bestandesrechnung 2011 mit Aktiven und Passiven von jeweils CHF 45 898 284 wird gemäss Anhang III genehmigt.

3.7. Die Investitionsrechnung 2011 mit Ausgaben von CHF 10 274 070, Einnahmen von CHF 532 710 und Nettoinvestitionen von CHF 9 741 360 zur Kenntnis genommen.

Traktandum 4

Nr. 250

Legislaturprogramm 2008–2012 des Gemeinderats: Schlussbericht

Gemeindepräsident Charles Simon: Der Gemeinderat hat sich vor vier Jahren ein ehrgeiziges Legislaturprogramm vorgenommen. Der grösste Teil konnte erfüllt werden. Charles Simon hofft, dass die fehlenden Punkte dem kommenden Gemeinderat Zielsetzung sein werden.

BESCHLUSS

://: Der Schlussbericht des Gemeinderats zur Umsetzung des Legislaturprogramms 2008–2012 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 5

Nr. 253

Bericht der GRPK: Schlosssanierung/Rechnung 2008

SP, Vreni Dubi: Der Zusatzbericht zum Bericht Abrechnung Schlossrenovation wurde nicht gemacht, weil irgendwelche neuen Erkenntnisse gewonnen wurden, sondern weil nicht ganz klar war, ob der Einwohnerrat in der Rechnung 2008 hätte sehen können, dass die Schlossrenovation viel teurer kam als ursprünglich bewilligt wurde. Wie man im Bericht lesen kann, war zwar alles in der Rechnung erwähnt, doch es fehlen deutliche Hinweise auf Überscheitungen und genaue Zahlen dazu. Es wird klar gesagt, dass für das Schloss und eine Liegenschaft in der Blumenstrasse zuviel aus dem Unterhaltskonto gebraucht wurde, es ist jedoch nicht ersichtlich, wieviel Geld für welche Liegenschaft aufgewendet wurde. Gleichzeitig wird deklariert, dass das Unterhaltskonto im Gesamten eingehalten wurde.

Eine Überschreitung des Investitionskredits kann im Anhang V entnommen werden, der sogenannten Verpflichtungskreditkontrolle. Diese wurde bis jetzt in der GRPK von keiner Subko genauer angeschaut. Auf die Frage, wie sie genau funktioniert, erhielt man die Auskunft, dass es keine eigentliche Kontrolle sondern der momentane Zustand des Kredits ist. Es wird also aufgezeigt, wieviel an einem bestimmten Zeitpunkt bereits vom gesprochenen Kredit aufgebraucht ist. Dabei ist es durchaus möglich, dass noch weitere Rechnungen kommen oder dass es noch Rückzahlungen (z.B. von Versicherungen) gibt. Die Verpflichtungskreditkontrolle wird jeweils per 31.12 als Anhang ausgedrückt. Dieser Anhang wird dem Gemeinderat nicht mit der Rechnung vorgelegt und dort behandelt, sondern auch der Gemeinderat und der Gemeindeverwalter sehen ihn normalerweise erst, wenn die Rechnung in die GRPK kommt. Nachdem das Ausmass der Fehler bekannt war, hat die Verwaltung Verbesserungen im Kontrollsystem einge-

leitet. Jetzt kontrolliert der Gemeindeverwalter ungefähr alle drei Monate den Stand der Kredite. Die Kontrolle ist mit dem neuen Projektmanagement, dass in der ganzen Verwaltung eingeführt wird, eigentlich schon gewährleistet.

Ausserdem hat der zuständige Gemeinderat zusammen mit dem Abteilungsleiter Finanzen zugesagt, dass auf der Seite „Verpflichtungskreditkontrolle“ eine weitere Spalte mit der Überschrift „Prognosen“ eingeführt wird.

Der GRPK ist es nach wie vor ein Rätsel, warum die Revisionsfirma nicht auf die Überschreitungen hingewiesen hat. Dass der Schlosspark viel teurer kam als bewilligt ist deutlich erwähnt, über die Schlossrenovation wird nichts gesagt.

Fazit der GRPK: Als Milizparlamentarier ist man hochgradig auf ganz präzise Informationen angewiesen. Die Empfehlungen aus dem Bericht zur Abrechnung Schlossrenovation (Gesch. Nr. 253) gelten nach wie vor.

EINTRETEN:

Silvia Bräutigam, CVP, dankt der GRPK für den Bericht. Wie daraus hervorgeht, hat die GRPK Fragen zu den Aufwendungen gestellt, erhielt aber keine Angaben zur Höhe der Unterhaltsüberschreitungen. Für die Fraktion ist auch unverständlich, warum die Revisionsfirma sie nicht erwähnt. Die Schlosssanierung ist für die CVP mit diesem Bericht abgeschlossen. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben reagiert und folgende Massnahmen eingeführt: flächendeckendes Projektmanagement und die Verpflichtungskreditkontrolle, die der Verwalter regelmässig durchführt. Das ist ausreichend und man erklärt sich damit einverstanden.

Jürg Humbel, FDP: Im Bericht steht, dass es keine grossen, neuen Erkenntnisse gibt. Das Wichtigste ist nun, dass man vorwärts schaut und verhindert, dass Ähnliches wieder passiert. Mit dem neu eingeführten Projektmanagement wird es solche „Schlappen“ hoffentlich nicht mehr geben.

Anand Jagtap, Grüne/EVP: Dem Einwohnerrat wurde immer wieder vorgeworfen, er habe an entscheidenden Stellen nicht gehandelt (z.B. bei der Beratung/Verabschiedung Rechnung 2008). Man ist deshalb froh, dass mit diesem Bericht nun diesbezüglich für die Bevölkerung Transparenz hergestellt wird.

Selbstverständlich waren die Budgetüberschreitungen in der Rechnung sichtbar, doch der springende Punkt ist, dass sie nicht auf den Tisch gelegt und begründet wurden. Nur mit dem in der Zwischenzeit erlangten Hintergrundwissen wäre es auch dem Einwohnerrat möglich gewesen, die ausgewiesenen Zahlen richtig zu interpretieren. Spätestens bei der Nachfrage der GRPK-Subko hätten die Fakten kommuniziert werden müssen. Laut dem Kreditreglement hätte der Gemeinderat unmittelbar nach Überschreitung des Investitionskredits einen Nachtragskredit beantragen müssen.

Die Fraktion nimmt den Bericht zur Kenntnis und geht davon aus, dass die Lehren aus der causa Schlossrenovation gezogen wurden.

SVP, Urs Weber bleibt nur noch, für die Untersuchungen der Subko unter dem Präsidium von Silvia Bräutigam zu danken, da seine Vorredner/-innen schon alles zum Bericht gesagt haben.

Gaida Löhr: Auch die SP bedankt sich für den Bericht und auch sie ist zufrieden damit. Man findet es gut, wie der Gemeinderat und die Verwaltung reagieren wollen oder bereits reagiert haben. Die Rednerin hat einen Wunsch an die künftige GRPK: Sie soll sich Zeit nehmen und darauf bestehen, dass sie Antworten erhält, wenn sie Fragen stellt und den Bericht über die Verpflichtungskreditkontrolle regelmässig einfordern.

Urs-Peter Moos, SVP: Dieser Bericht wurde durch die Debatte am 31. Januar 2012 ausgelöst als seitens des Gemeinderats behauptet wurde, die GRPK hätte die Überschreitungen sehen können.

Der Bericht hat zwei Ebenen: Einerseits das Unterhaltskonto (laufende Rechnung) zu dem die Subko unter S. Bräutigam nachgefragt hatte und die Antworten nicht auf das Ausmass des Debakels schliessen liessen. Auf dieser Seite hat die GRPK also tadellos gearbeitet.

Auf der anderen Seite sind die Investitionen mit der Verpflichtungskreditkontrolle. Aus dem Bericht geht deutlich hervor, dass die Verpflichtungskreditkontrolle „kein Teil der Beratung im Gemeinderat“ war und dieser auch seitens der Verwaltung nicht beachtet wurde. Auch hier sind aus Sicht der SVP-Fraktion keine Schuldzuweisungen an die GRPK gerechtfertigt. Die SP fordert nun auf, sich vermehrt der Verpflichtungskreditkontrolle zu widmen. Vor zwei, drei Jahren wollte man sich in der GRPK noch nicht in laufende Geschäfte einmischen. Wenn nun die Kommission ihre Haltung diesbezüglich ändert, begrüsst das die SVP.

BESCHLUSS

://: Der Bericht der GRPK zur Schlosssanierung/Rechnung 2008 wird zur Kenntnis genommen.

Traktandum 6

Nr. 232

Rückständebericht 2012

EINTRETEN

Gaida Löhr, SP: Üblicherweise werden aus Postulaten und Motionen Einwohnerratsgeschäfte. Einmal jährlich prüft der Gemeinderat, wie viele Parlamentarische Vorstösse noch hängig und wie weit sie in der Bearbeitung sind. Daraus ergibt sich der Rückständebericht, in dem meistens beantragt wird, in global gleich mehrere Geschäfte als erledigt abzuschreiben. Die Rednerin findet das jedes Mal heikel aber dieses Jahr stört sich die Partei noch etwas mehr daran, da ein paar wichtige Geschäfte zur Abschreibung stehen. Aus Sicht des Gemeinderats sind die Geschäfte gut aufgegleist, doch jetzt wechselt der Gemeinderat grossmehrheitlich. Es kann deshalb durchaus sinnvoll sein, die wichtigeren der vorgeschlagenen Vorstösse im Sinne eines „Erinnerungswerts“ nicht abzuschreiben. Es geht nicht um Miss-trauen, sondern darum, dass die neuen Gemeinderatsmitglieder in einem Jahr feststellen, dass betref-fen Tram etc. etwas getan werden muss.

Die SP stimmt ausser beim Postulat „Kehrichtsäcke“ den Abschreibungen nicht zu.

Beatrice Büschlen: Für die Grüne/EVP ist die Abschreibung der Energiespar-Offensive 1 zu früh, weil das Ganze erst in den Anfängen ist. Dasselbe gilt für die Tramverbindung Kronenplatz/Bahnhof SBB, weil die Basler Planung noch nicht definitiv ist und immer noch Änderungen erwartet werden können. Begrün-dungen wie „nach Möglichkeit“, „geprüft“ und „vorgesehen“ sind der Fraktion zu unverbindlich, wes-halb sie auch das SP-Postulat Strom und Wärme vom Dach nicht abschreiben will.

Sven Inäbni: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den Rückständebericht, den sie immer sehr hilfreich findet. Sie ist dafür, aufzuräumen und unterstützt darum fünf der sechs Anträge.

Die FDP geht mit den Grünen/EVP einig, dass es zu früh ist, das Postulat betreffen Tramverbindung Kro-nenplatz/Bahnhof SBB abzuschreiben.

SVP, Jürg Blaser: Seine Fraktion stimmt allen Anträgen des Gemeinderats auf Abschreibung zu.

Silvia Bräutigam: Auch die CVP/GLP stimmt ausser Antrag 1.4. (Tramverbindung) allen Anträgen zu.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Anträge Gemeinderat (37 Ratsmitglieder anwesend)

Antrag 1.1.

Ja: 27 / Nein: 10

Antrag 1.2. (38 Ratsmitglieder anwesend)

Ja: 28 / Nein: 10

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Im Jahr 2007 wurde das Geschäft überwiesen und es wurde vom Gemeinderat ins Legislaturprogramm aufgenommen. Der Schlussbericht liegt vor und weist diesbezüglich eine magere Ausbeute vor. Im November 2011 stellte der Gemeinderat in einer Medienmitteilung Massnahmen zur Energieeffizienz vor. Daraus ging hervor, dass Einiges auf den Status „Warten“ oder „Vielleicht“ gestellt ist. Eine Vorstudie zur Schwimmhalle ist im 2012 geplant doch die Umsetzung der Schulhäuser ist momentan in einer Spezko. Die Erhöhung der erneuerbaren Energien bei der Energieproduktion der WBA soll auf 50 Prozent steigen, über das weitere Vorgehen würde der Einwohnerrat informiert, nach seiner Entscheidung wäre eine Umsetzung erst im 2013 möglich. Die Antworten im Schlussbericht sind für die Fraktion widersprüchlich und unbefriedigend. Sie möchte den Prozess gerne weiter beobachten und ist deshalb gegen eine Abschreibung des Geschäfts.

Antrag 1.3.

Ja: 23 / Nein: 14 / Enthaltung: 1

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Das Tramnetz 2010 zeigt nur auf, wie das Netz in den nächsten 10 bis 15 Jahren aussehen könnte. Politische Entscheidung gibt es noch nicht, die Verlegung der Schienen am Margarethenstich wird erst im 2014 in Angriff genommen. Beim Gundelitunnel weiss man auch noch nicht was, wann, wo. Der Teil Margarethenstich kann noch einen grossen Einfluss auf die Planung haben. Die Vorlage Gundelitunnel will der Gemeinderat übrigens nicht abschreiben. Der geplante direkte Zugang zu den Gleisen 14–17 ist nur für Reisende der S3 von Vorteil. Es besteht die Gefahr, dass das Tram trotzdem Richtung Heuwaage hinunter fährt, auch wenn die Zugänge erstellt werden. Die Grüne/EVP möchte gerne das Definitivum abwarten und das Postulat noch stehen lassen.

Beatrix Bürgin: Auch die SVP ist für Nicht-Abschreiben.

Antrag 1.4.

Nein: Einstimmigkeit

Antrag 1.5.

Ja: Einstimmigkeit

Antrag 1.6.

Ja: 24 / Nein: 14

BESCHLUSS

://: Es werden folgende Vorstösse als erledigt abgeschlossen:

- 1.1. Postulat SP, Grüne/EVP-Fraktion: Midnight Basketball für Binningen
(Geschäft Nr. 46/IX, überwiesen am 25.4.2005)

- 1.2. Postulat FDP: Für eine rasche Realisierung des Margarethenstichs der Tramlinie 10
(Geschäft Nr. 152/IX, überwiesen am 25.6.2007)
 - 1.3. Interfraktionelles Postulat: Binnerger Energiespar-Offensive 1
(Geschäft Nr. 148/IX, überwiesen am 24.9.2007)
 - 1.5. Postulat CVP: Weniger aufgerissene Kehrrihtsäcke in Binnerger Strassen
(Gesch. Nr. 113, überwiesen am 6.9.2010)
 - 1.6. Postulat SP: Strom und Wärme vom Dach
(Gesch. Nr. 149, überwiesen am 26.9.2011)
-

Traktandum 7

Nr. 254

Zweiter Zwischenbericht Spezko Prüfung Bauabrechnung Schlosspark

Simone Abt, SP, hätte heute Abend lieber einen Abschluss- statt nur einen Zwischenbericht abgegeben. Der Bericht ist schlank bis mager, da es nicht der richtige Zeitpunkt für einen Bericht aus der Spezko ist. Die Legislatur geht zu Ende und der Bericht ist entgegen allen Hoffnungen, Versprechen und Erwartungen nicht fertig.

Die Spezko hat gearbeitet, sie hat eine Aussprache mit der Gemeinde und dem Experten durchgeführt. Die Experten durften an den Abrechnungen der Teilprojekte weiter arbeiten. Es kann nur der vorliegende Zwischenstand gegeben werden. Das ist nötig, weil die Legislatur zu Ende geht und Simone Abt ihr Mandat niederlegt. Der Rat soll Kenntnis nehmen, wie weit die Spezko gekommen ist und muss eine neue Spezko bestellen.

Urs-Peter Moos, SVP, sieht keine Notwendigkeit, nochmals über den Einsatz dieser Spezko abzustimmen, weil bereits eine existiert, die einen Auftrag hat und die bereits an der Arbeit ist. Diese wie auch alle anderen Spezkos werden in der neuen Legislatur ihre Arbeit zum Teil in neuer Zusammensetzung weiterführen.

SP, Vreni Dubi entgegnet, dass es gesetzlich vorgeschrieben ist, dass eine Spezko am Ende der Legislatur aufhört und dass sie in der konstituierenden Sitzung neu eingesetzt werden muss. Am nächsten Montag müssen also sämtliche Spezkos nochmals gewählt werden, wenn sie in der gleichen Formation bleiben. Abtretende Leute werden durch andere ersetzt.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP. Ihres Erachtens braucht es für die Auflösung einer Spezko einen Schlussbericht. Sie muss nur neu bestellt werden, wenn es neue Mitglieder gibt. Die Arbeit geht weiter und es muss nicht über eine Neu-Einsetzung befunden werden.

FDP, Markus Ziegler: Im § 38 der Geschäftsordnung steht, dass die Mitglieder neu gewählt werden. Das heisst aber nicht, dass sich die Spezko formell auflöst. Dass eine Neuwahl stattfinden muss ist richtig.

Urs-Peter Moos, SVP: Seiner Meinung nach wählt das Büro, wenn jemand ersetzt werden muss – nicht der Einwohnerrat.

BESCHLUSS

://: Der zweite Zwischenbericht der Spezko Bauabrechnung Schlosspark wird zur Kenntnis genommen.

Umzonung Stamm Areal**EINTRETEN**

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Die geplante Umzonung von rund 12 000 Quadratmetern bei gleichzeitigem Verlust einer Zonenart bedeutet für die Fraktion eine wesentliche Umnutzung, die im ganzen Quartier Veränderungen mit sich bringt. Das lässt sich am der grossen Interesse an der Mitwirkung leicht erkennen. Von den vielen Anregungen, Forderungen und Ideen wurde einzig der günstige Wohnraum aufgenommen. Wenigstens wurde bei den Vorverhandlungen der Spielplatz thematisiert. Leider ist die geplante Lage des Spielplatzes nicht dort, wo seit Jahrzehnten Bedarf besteht, nämlich dort, wo es keine Spielplätze und Grünflächen hat. Ausser neuen Wohnungen auf dem Parkplatz hinter Vrenelsgärtli plant die Firma Stamm Bau AG weitere Eigentumswohnungen beim jetzigen Personalhaus und generiert so weitere Rendite. Der Rat braucht wegen der Zugeständnisse der Stamm AG kein schlechtes Gewissen zu haben, wie von den Projektverantwortlichen gerne suggeriert wird. Die Umzonung bedeutet eine Wertsteigerung für die Stamm Bau AG, weil der Kanton Baselland keine Mehrwertabschöpfung kennt. Gerade jetzt, wo die Schulraumplanung aktuell ist, zeigt sich, dass eine Gewerbezone sehr wohl von strategischer Bedeutung ist. Teure Provisorien wären eventuell gar nicht nötig gewesen. Der Firma Schaub Sanitär könnte das Land in Binningen angeboten werden. Es ist nicht richtig, dass kein Bedarf an Gewerbefläche besteht – es besteht ein Bedarf nach bezahlbarer Fläche. Da in der Mitwirkung Bedarf angemeldet wurde, hinterfragt die Grüne/EVP die Aussage des Gewerbevereins, dass kein Interesse bestehe. Die Antworten im Bericht ignorieren die Anliegen. Zehn Stellungnahmen sind nicht einfach nur zehn Stellungnahmen, denn dahinter stehen Parteien, die ihre Wählerschaft vertreten: Privatpersonen, Gewerbe, Steuerzahlende, Interessengemeinschaften, sprich Einwohnerinnen und Einwohner die sich schon seit Jahren für ein gutes Miteinander in Binningen einsetzen. Die Antworten sagen nicht viel aus und beginnen immer stereotyp mit „Der Gemeinderat erkennt *aktuell* keinen Bedarf“ oder „*aktuell* kein öffentliches Interesse“ – und was ist mit später? In Sachen Stamm-Scheune negiert er öffentliches Interesse mit der Begründung, sie sei nicht im Bauinventar des Kantons.

Es wird die Chance verpasst, bauliche Entwicklungen nicht nur auf Fotos sondern real in 3-D zu sehen. Wie das Sutter-Haus und das Holee-Schloss ist auch die Stamm-Scheune Zeitzeuge. Es besteht auch öffentliches Interesse für das Gemeinwohl: Das Familienzentrum platzt aus allen Nähten, die Musikschule sucht immer noch Räume, andere Institutionen und Gemeinschaften werden hin und her geschoben. Binningen sollte nicht nur Wohngemeinde sein. Es sollte auch Arbeits- und Freiraum bieten. In den Grundsätzen des Ortsplanungsberichts heisst es, die Interessen seien angemessen zu berücksichtigen. Diese Grundsätze erkennt die Grüne/EVP hier nicht.

Beatrice Büschlen macht auf die Einschätzung des Liegenschaftsindex der UBS vom 3. Mai 2012 aufmerksam: Die UBS ist der Meinung, dass beim gegenwärtigen Trend der Immobilienblasen-Index bereits im laufenden Quartal in die Risikozone kommen dürfte. Regional betrifft dies das untere Baselbiet.

Die Grüne/EVP-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen eine Umzonung, aber man hätte wenigstens eine Teilzonung in Betracht ziehen können. Es fehlen auch konkrete Angaben über einen allfälligen Kauf im Baurecht (Binningen schwimmt ja anscheinend im Geld und man gibt es lieber dafür aus als für eine Steuersenkung), strategische Überlegungen im Zusammenhang mit der neuen Rechnungslegung und ausserdem vermisst man eine departementsübergreifende Idee. Eine eventuelle Verlängerung der Dorenbachpromenade hätte bereits jetzt mitgeplant werden müssen, nicht erst beim Baubewilligungsverfahren.

Die Fraktion ist der Meinung, dass sich die vielen Unklarheiten nicht in der BPK lösen lassen. Der Gemeinderat verpasst mutlos und visionslos eine Chance. Man setzt grösseres Vertrauen in den Mut und die Visionen des neu gewählten Gemeinderats. Aus den genannten Gründen beantragt die Grüne/EVP eine Rückweisung des Geschäfts an den Gemeinderat zur Überarbeitung und bittet die Einwohnerrät/-innen, den Antrag zu unterstützen.

Trude Rehmann, SP: Grundsätzlich ist die Angelegenheit ein zonenrechtliches Problem und auf die Geschichte will man nicht eingehen, da es bereits diverse Informationsveranstaltungen zum Thema gab. Die SP ist für eine Überweisung in die BPK, weil die BPK das Geschäft in den Einwohnerrat zurückbringen kann, der es an den Gemeinderat zurückweisen kann, falls sich gewisse Sachen wirklich nicht lösen lassen. Man ist der Meinung, dass eine Gemeinde ohne Gewerbezone etwas Eigenartiges ist. Binningen wird mehr und mehr zur reinen Wohnzone. Es gehen Arbeitsplätze verloren, die in diesem Ausmass nicht ersetzt werden können.

Der SP wäre von Anfang an am liebsten gewesen, wenn die Gemeinde das Land als strategische Landreserve kaufen würde. Schon bei der Werkhof-Diskussion hat sich gezeigt, dass Binningen wenig Landreserve hat.

Der Spielplatz, den die Stamm so oder so hätte bauen müssen und der öffentlich sein soll, ist toll und man hofft, dass er dann auch tatsächlich öffentlich wird.

Weiter hält die Rednerin fest, dass das Land der Firma Stamm gehört und sie damit eigentlich machen darf, was sie will.

Roy Ewald, SVP: Hier handelt es sich um ein ausgewogenes, gut vorbereitetes, jedoch komplexes Projekt. Da man in Zonenangelegenheiten in der Vergangenheit gute Erfahrungen mit der BPK gemacht hat, ist die SVP-Fraktion dafür, das Geschäft in die Kommission zu überweisen.

Stefan Kaiser, FDP: Es geht um die Frage, ob ein Gebiet, das in Privatbesitz ist, umgezont werden soll. Der Eigner hat zwei Projekte, wobei das eine mit dem Spielplatz und dem genossenschaftlichen Wohnungsbau attraktiv ist. Sollte er das nicht verwirklichen können, bleibt ihm die Variante B, nämlich der Verkauf der Gewerbezone an einen Grossinvestor. Das Binner Gewerbe konnte der Firma Stamm keinen Vorschlag machen, der für sie akzeptabel war.

Der Redner selbst findet das vorgeschlagene Projekt gut, doch in der Fraktion gab es Diskussionen betreffend Binner Gewerbe. Man möchte gerne nochmals über diese Problematik und ob es Alternativen gibt, diskutieren und stimmt deshalb einer Überweisung in die BPK zu.

Thomas Hafner: Die CVP-Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats und stimmt der Umzonung des Stamm-Areals vorbehaltlos zu. Zu Anfang fand auch sie es schade, dass Binningen die letzte Gewerbezone verlieren soll. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch bald, dass die bestehende Gewerbezone für die heutige Nutzung zu klein und zu wenig lukrativ ist. Eine moderne Gewerbenutzung bringt zusätzlichen Verkehr und es müssten noch mehr neue Parkplätze erstellt werden als bei neuen Wohnbauten.

Fehlendes Interesse des Binner Gewerbes am Erwerb des Gebiets und ein hoher Bedarf an Wohnraum sprechen für eine Umzonung. Auch der grosse Einfluss, den die Gemeinde beim Wohnbauprojekt genommen hat, spricht dafür. Eine Umzonung ermöglicht die geplante Wohnsiedlung, die Interessen der Gemeinde zu wahren und die Aufwertung des Quartiers. Die Firma Stamm Bau AG erklärt sich bereit, auf Bedingungen und Qualitätsanforderungen des Gemeinderats einzugehen. Die Realisierung von kostengünstigem Wohnraum und die Erstellung eines öffentlichen Spielplatzes sind sogar vertraglich festgehalten.

Eine Umzonung ist für alle vorteilhaft: für die Gemeinde, das Quartier und die Firma Stamm AG. Aus diesem Grund möchte die CVP die Umzonung, signalisiert aber, dass sie auch mit der Überweisung in eine Kommission leben kann.

Urs-Peter Moos: Anfänglich wollte die SVP das Geschäft in eine Kommission geben um offene Fragen zu klären. Doch nach den heutigen Voten im Rat ist man der Auffassung, dass die Widerstände die gleichen bleiben werden. Von Seiten Gemeinderat und Grundeigentümer wurde schon sehr viel Zeit und Energie in das Projekt investiert. Die Fraktion zieht ihren Antrag auf Überweisung an die BPK zurück.

Vreni Dubi, SP, weist darauf hin, dass ganz am Anfang der Debatte ein Antrag auf Rückweisung gemacht wurde und zuerst darüber hätte abgestimmt werden sollen. Noch weitere Redner dürfen nun nicht zugelassen werden.

Abstimmung Antrag Grüne/EVP auf Rückweisung an den Gemeinderat:
Abgelehnt mit 29 Nein, 7 Ja und 2 Enthaltungen.

Gemeinderätin Agathe Schuler will im Moment nicht auf die diversen Fragen eingehen, da zuerst darüber befunden werden muss, ob es eine Kommissionsberatung geben wird.

Severin Brenneisen, SP: Man kann sicher sagen, dass dem Rat ein gutes Projekt vorgelegt wurde. Trotzdem ist er der Meinung, dass gut überlegt werden muss, ob eine Gemeinde wie Binningen ihre letzte Gewerbezone aufgeben will. Es ist eine Grundsatzfrage, da es um Arbeitsplätze geht.

SVP, Urs-Peter Moos: Es gab eine Vernehmlassung und eine Umfrage, die nur sehr wenige Bedarfsmeldungen brachte. Wo keine Nachfrage ist, muss nichts aufrecht erhalten werden. Binningen ist eine Wohngemeinde, die sehr gut an den ÖV angeschlossen ist. Kein Bedarf und die gute Lage sprechen für die Überbauung und die Fraktion sieht nicht, was eine Kommissionsberatung an diesem Sachverhalt ändern sollte.

Antrag Überweisung in die BPK:

Ja: 23

Nein: 13

Enthaltungen: 2

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 251

KESB-Vertrag Gemeinden Leimental

EINTRETEN

Katrin Bartels, CVP: Da der KESB-Vertrag mit einem riesigen Zeitdruck kommt, hat der Rat keine andere Wahl, als ihm zuzustimmen. Bei einer Nicht-Zustimmung kann Binningen auch einfach dazu gezwungen werden. Dann doch lieber dabei sein und mitbestimmen.

Oberwil hat schon zugestimmt, die Gemeindekommissionen von Bottmingen und Ettingen haben zugestimmt und in Bottmingen, Ettingen, Schönenbuch, Biel-Benken und Allschwil wird am 20. Juni im Einwohnerrat/an der Gemeinderversammlung darüber befunden.

Die CVP möchte dem neuen Gemeinderat ein paar Gedanken zur Umsetzung mit auf den Weg geben: Die Gemeinde delegiert eine/n Gemeindedelegierte/n, der/dem die Pflicht obliegt, den Stellenetat und das Budget der KESB im Sinne der Gemeinde analog einem Verwaltungsrat zu steuern. Die demokratische Legitimation der KESB ist somit auf dünnem Boden. Trotzdem ist es unabdingbar, dass dem/der Gemeindedelegierten vom Gemeinderat Handlungsleitlinien darüber gegeben werden, nach welchen Grundsätzen die KESB gesteuert werden soll. Die Person muss auch die Möglichkeit haben, gegenüber der Gemeinde ein Reporting zu machen. Ausserdem muss möglich sein, den/die Delegierte nicht nur der vorgesehenen Rechnungskontrolle sondern auch dem Gemeinderat gegenüber zu entlasten. Auch muss die Koordination der sieben KESBs des Kantons sichergestellt werden. Als Einwohnerrätin erwartet Katrin Bartels, dass der Gemeinderat eine adäquate Form findet, den Rat über den Gang der KESB auf dem Laufenden zu halten. So ist es auch für die Legislative möglich, nach einer Einführungsphase über allfälligen Optimierungsbedarf nachzudenken. Dies ist aufgrund der grossen Eile, in der dieser Vertrag wirksam werden soll, umso wichtiger.

Zum Schluss bemängelt die Rednerin, dass in der Vorlage ein Artikel zitiert wird, der noch gar nicht in Kraft und auch nicht in den Unterlagen zu finden ist.
Die CVP möchte den Vertrag genehmigen.

Peter Heiz: Die FDP steht dem Vertrag positiv gegenüber. Seine Vorrednerin hat bereits Punkte erwähnt, denen seine Fraktion zustimmen kann. Man anerkennt, dass der Gemeinderat übergeordnetes Recht in relativ kurzer Zeit zu vollziehen hatte und denkt, dass trotz der Eile ein gutes Vertragswerk entstanden ist.

Für die Fraktion sind die Schlüsselparagraphen die Nummern 3 und 17. Im § 3 wird vorgeschrieben, dass den Vertragsgemeinden ein/e Delegierte/r eine Person mit Stimmrecht gemäss Einwohnerzahlen zu-steht. Im § 17 wird die Kostenverteilung geregelt: 30 % gemäss Einwohnerzahl und 70 % gemäss Zeitaufwand.

Behördenmitglieder haben sich beklagt, sie seien als Direktbetroffene sehr schlecht informiert und auch nicht über die Entstehung oder den Schlussbericht vorinformiert worden. Das kam bei den Behördenmitgliedern sehr schlecht an und auch die FDP wundert sich darüber.

Susanna Keller: Der SVP ist klar, dass der KESB-Vertrag per 1. Januar 2013 eingeführt wird, sie will den Vertrag auch nicht umstossen. Einiges dazu wurde bereits angesprochen. Der Kanton liess die Gemeinden lange warten und nun soll das Geschäft noch schnell vor den Sommerferien durchgewunken werden. In der Fraktion ist man unsicher, wohin diese Reise gehen soll. Eine Professionalisierung der Vormundschaftsbehörde generiert Mehrkosten, doch wie sehen die längerfristigen finanziellen Folgen für Binningen aus? Da dies völlig unklar ist, möchte die SVP das Geschäft am liebsten in die GRPK geben. Es sollte in ein bis zwei Sitzungen behandelt werden.

Barbara Jost, SP: Sie hat drei Wörter aus der Vorlage genommen: Konzentriert, interdisziplinär, professionalisiert. Das wird im Bereich Kinder- Jugend- und Erwachsenenschutz gebraucht. Der Vertrag basiert auf einer kantonalen Vorlage, die auf regionale Bedürfnisse angepasst und ergänzt wurde.
Sie SP stimmt dem Vertrag zu, damit weiter geplant werden kann.

Peter Buess: Die Grüne/EVP stimmt dem Vertrag auch zu, obwohl es eine unheilvolle Kombination von Zeitdruck und einer ansehnlichen Anzahl von offenen Fragen gibt. Es geht um Kinder- und Erwachse-

nenschutz, ein brisantes Thema. Es gibt im Kanton Baselland immerhin 180 Zwangseinweisungen pro Jahr. Bisher lief das über das kantonale Vormundschaftsamt, nun soll es dezentralisiert über sieben Standorte laufen. Angesichts der kurzen Zeit bis zur Umsetzung des Vertrags empfindet der Redner ein gewisses Unbehagen. Er fragt sich, wie viele Gespräche mit der Leitung des kantonalen Vormundschaftsamtes geführt wurden. Des Weiteren hofft er, dass § 5 und 6 (Beauftragung, also die Möglichkeit, Dritte zu beauftragen) nicht bedeutet, dass outgesourct wird, sondern die Sache in Gemeindeobhut bleibt.

Die Grüne/EVP stimmt dem Vertrag im Grundsatz zu, die Zeit eilt.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag SVP: Überweisung an die GRPK

Abgelehnt mit 28 Nein- zu 10 Ja-Stimmen.

Gemeinderätin Heidi Ernst: Es ist allen klar, dass Änderungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr möglich sind. Viele Dinge müssen in der Verordnung geregelt werden. Der vorliegende Vertrag ist für alle sieben Gemeinden gleich und wurde teilweise bereits genehmigt. Allen Gemeinden war klar, dass der Aufbau der neuen Behörde viele Unbekannte enthält. Doch es ist ein guter Baustein um das Bundesgesetz umsetzen zu können. Als grosse Gemeinde mit eigener Vormundschaftsbehörde konnte sich Binningen optimal einbringen. Die Gemeinderätin war in der Steuerungsgruppe, die bewährte VB-Sekretärin war in der Arbeitsgruppe. So floss in der Vernehmlassung des Kantons alles von der VB Binningen ein.

Der Vertrag war schon mehrfach beim Kanton. Eine Juristin hatte die Projektleitung und in der Steuerungsgruppe waren weitere juristische Personen. Am Schluss war das Werk nochmals beim Kanton und bei Frau Vogel-Mansur, die im Kanton für diese Art Fragen zuständig ist. Man kann auf jeden Fall ja dazu sagen.

Heidi Ernst ist sehr dankbar für die Anregungen von Katrin Bartels, was das weitere Vorgehen anbelangt und garantiert, dass sie in die Umsetzung einfließen werden.

Zum Votum von Peter Heiz sagt sie, dass keine VB der Gemeinden in die Vernehmlassung einbezogen wurde. Es wurde an die Personen delegiert; im Fall von Binningen an Frau Grossert und sie selber. Leider ist der VB-Präsident nie auf das Angebot, das Vorgehen zum Vertrag zu traktandieren, eingegangen. Als Unmut über die Informationspolitik laut wurde, hat die Gemeinderätin mit der betroffenen Personen selber gesprochen und konnte so die Sache bereinigen.

Die SVP fragt, wohin die Reise führt. Niemand weiss es. Es ist Bundesgesetz, nun muss damit begonnen werden und schauen, wie sich das Ganze entwickelt. Allenfalls muss der Vertrag nachgebessert werden, obwohl sehr gut recherchiert wurde.

SVP, Urs-Peter Moos: Einmal mehr steht man unter Zeitdruck, den dieses Mal der Kanton verursacht hat. Heute Abend soll ein Vertrag abgesegnet werden, den die Legislative gerne noch genauer angeschaut hätte. Urs-Peter Moos regt an, dass der Gemeinderat in Zukunft in solchen Fällen wenigstens die GRPK rechtzeitig über das Geschäft vorinformiert, damit diese sich mit der Materie auseinandersetzen kann.

Gemeinderätin Heidi Ernst: Die Steuerungsgruppe sowie alle anderen Beteiligten haben unter enormem Zeitdruck sehr seriös gearbeitet. Die Zwischenprüfungen, die immer wieder an den Kanton gingen, bewirkten, dass es bis zum Schluss acht, neun Entwürfe gab und es nicht Sinn machte, etwas Unfertiges in

die Einwohnerräte Binningen und Allschwil zu geben. Die Verzögerung hat ganz klar der Kanton verursacht, weil die Vernehmlassung für die Behörden erst Ende Sommer letzten Jahres kam. Alles in Allem war das Ganze trotzdem eine gute Erfahrung für die Gemeinderätin, denn die Gemeinden haben alle am gleichen Strick gezogen.

ABSTIMMUNG

Antrag des Gemeinderats

Ja: 28 / Enthaltungen: 10

BESCHLUSS

://: Der Vertrag über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Leimental wird genehmigt.

Traktandum 10

Nr. 247

Verpflichtungskredit zur Renovation der Liegenschaft Curt Goetz-Strasse 2 (Resch-Haus) in der Höhe von CHF 900 000

EINTRETEN

Anne Platten: Die SP hat das Geschäft Nr. 247 geprüft und bejaht die beiden Anträge des Gemeinderats. Man will die sinnvolle Nutzung der Liegenschaft durch die KESB unterstützen. Der 10-jährige Mietvertrag mit der Option auf Verlängerung um weitere zehn Jahre sowie ein kostendeckender Mietertrag sind eine gute Lösung. Auch dieses Geschäft muss wieder mit Zeitdruck behandelt und entschieden werden, was unschön ist.

Das Resch-Haus eignet sich sehr gut für die KESB: Es liegt sehr gut, ist nahe am ÖV und ist auch von den Räumlichkeiten her ideal. Durch den KESB-Standort in Binningen werden 16 neue Arbeitsplätze geschaffen. All dies hat die SP dazu bewogen, die beiden Anträge zu unterstützen.

SVP, Jürg Blaser: Seine Fraktion findet den Betrag von CHF 900 000 für die Renovation dieses Hauses völlig überrissen und nicht nachvollziehbar. Es kann sogar von einer Luxussanierung gesprochen werden. Allein für Elektroanlagen sind CHF 177 000 vorgesehen, für Möbel CHF 125 000. Das Gebäude wurde erst 1989 einer grösseren Renovation unterzogen.

Es stellt sich die Frage, ob der Gemeinderat auch andere, kostengünstigere Standorte für die KESB-Leimental geprüft hat. Beim Resch-Haus hat es nur wenige Parkplätze. Es gibt auch keine Garantie dafür, dass die anderen Gemeinden bereit sind, auf diesen langjährigen Vertrag einzusteigen. Es wird ja bereits befürchtet, dass einzelne Gemeinden keinen Kredit für die Renovation des Gebäudes sprechen werden.

Die KESB ist eine neue Organisation, die sich zunächst in der Praxis bewähren muss. Je nachdem kann es zu organisatorischen Änderungen kommen, die dazu führen, dass das Resch-Haus erneut den Bedürfnissen angepasst werden muss. Deshalb wäre eine „Probezeit“ in einer bestehenden Örtlichkeit von Vorteil.

Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen ist vernachlässigbar, weil die künftigen Arbeitnehmer voraussichtlich nicht in der Gemeinde wohnen werden.

Die SVP ist der Meinung, dass das Geschäft entweder in die GRPK oder die BPK gegeben werden und dem Verpflichtungskredit in dieser Höhe mit den aktuell verfügbaren Informationen nicht entsprochen werden soll.

Peter Heiz: Die FDP steht der Renovation des Resch-Hauses positiv gegenüber. Das Resch-Haus ist ein Problem-Haus, doch es wurden diverse Varianten geprüft und ein Neubau steht nicht zur Diskussion. Der Verpflichtungskredit ist eine sinnvolle Investition, da er durch die Vermietung amortisiert wird.

Bedenklich ist einzig die kurze Realisierungszeit, denn bereits anfangs nächsten Jahres soll das Ganze bereit sein. Die FDP begrüsst die Schaffung von Arbeitsplätzen und sollten Synergien mit anderen überkommunalen Häusern in Binningen entstehen so sind auch die willkommen.

Peter Heiz fragt die Gemeinderätin, ob die Behörde im Resch-Haus wirklich genügen Platz hat.

Katrin Bartels, CVP: Heute ist Gelegenheit, attraktive Verwaltungsstellen in Binningen anzusiedeln, auch wenn der benötigte Kredit dafür happig ist. Die CVP stimmt dem Verpflichtungskredit vorbehaltlos zu, weil sie der Meinung ist, dass diese Gelegenheit genutzt werden soll.

Peter Buess: Die Grüne/EVP erachtet den Kredit nicht als zu hoch und unterstützt das Anliegen.

SVP, Urs-Peter Moos wundert sich darüber, dass der Rat mit dieser Vorlage CHF 900 000 spricht. Der Mietbetrag (ohne Renovation) beträgt CHF 126 000 und Heidi Ernst wird gefragt, ob die Zusicherung besteht, dass die gesamten 430 Quadratmeter gemietet werden. Es wird keine Auskunft darüber gegeben, wie hoch der Mietzins mit Investitionskosten sein wird. Bei einer Mietdauer von zehn Jahren sind jedes Jahr CHF 90 000 abzuschreiben und nach dieser Zeitspanne ist bestimmt wieder eine Renovation nötig. Urs-Peter Moos fragt sich, wo hier die Interessen von Binningen sind.

Gemeinderätin Heidi Ernst: Letztes Jahr hat der Gemeinderat die Nutzung des Resch-Hauses durch die Verwaltung geprüft. Als diese nicht in Frage kam hat sie als Mitglied der Steuerungsgruppe die Liegenschaft als KESB-Standort eingebracht. Was an Renovation nötig ist wurde von externer Stelle berechnet und der Raumbedarf wurde von der Steuerungsgruppe inklusive neuem Chef der Behörde ermittelt. Vorläufig hat es genug Platz für die Arbeitsplätze, doch weiss man nicht, wie sich das Ganze entwickelt.

An der letzten Sitzung des Steuerungsausschusses hat Heidi Ernst die sechs anderen Gemeinden nochmals gefragt, ob sie mit den Vertragsbedingungen einverstanden sind. Alle haben das Okay der Gemeinderäte.

Zur Bemerkung von Jürg Blaser betreffend Parkplätze meint die Gemeinderätin, dass für ein kantonales Amt vor allem wichtig ist, dass es gut mit den öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar ist.

Urs-Peter Moos, SVP: Gibt es einen Vorvertrag, der bestätigt, dass der Mietzins der unter Ziffer 5 ausgewiesen ist, bezahlt wird? Warum ist der definitive Mietzins, der aufgrund der Investitionen entsteht, nicht ausgewiesen? Besteht ein Vorvertrag mit der entsprechenden Mietzinssteigerung?

Gemeinderat Mike Keller: Im Bericht an den Einwohnerrat ist unter Ziffer 5.1. (S. 4/5) der von Burckhardt Immobilien errechnete Mietzins für die umgebaute Liegenschaft aufgeführt. Die Zahlen basieren auf dem beigelegten Kostenvoranschlag. Das bedeutet, dass die Miete exkl. Heiz- und Nebenkosten knapp CHF 126 000 beträgt. Im Kostenvoranschlag gibt es im Zusammenhang mit der Einrichtung diverse Punkte, die mit der KESB geklärt werden sollen. Es wurde vereinbart, dass für den definitiven Mietzins die Bauabrechnung als Grundlage dient. Der jetzige Betrag wurde in die Vorlage genommen, damit die betroffenen Gemeinden kalkulieren können.

Die Liegenschaft hat eine Überholung nötig und vor allem die Massnahmen an der Fassade und im Dach im Rohbau II sind für den Erhalt der Liegenschaft zwingend notwendig. Würde man dies im Rahmen des normalen Unterhalts machen, würde es ein Zeitfenster von etwa fünf Jahren geben. Man ist übereingekommen, dass es Sinn macht, diese Massnahmen gleich mit der Umnutzung an die Hand zu nehmen.

Der Kostenvoranschlag wurde von einem Architekturbüro mit Hilfe von Handwerkerofferten und anhand von Referenzpreisen erstellt. Die Arbeiten werden wie üblich ausgeschrieben, danach werden die verbindlichen Marktpreise eingeholt.

Nicht nur Binningen, sondern alle KESB-Gemeinden haben nach einer geeigneten Liegenschaft gesucht, die günstiger und ohne Zeitdruck einsetzbar wäre. Am Schluss waren alle davon überzeugt, dass es für alle eine win-win-Situation ist, wenn Binningen das Resch-Haus zur Verfügung stellt.

FDP, Markus Ziegler hat dem Votum von Heidi Ernst entnommen, dass der Leiter der neuen Behörde bereits angestellt ist. Da der Vertrag noch nicht ratifiziert ist, fragt sich der Redner, auf welcher Grundlage der Verbund Personal anstellt und Verhandlungen führt. Da diese Anstellung im Bericht nicht erwähnt wurde, stellt der Redner jetzt diese Frage, die nichts mit dem Bau zu tun hat.

Gemeinderätin Heidi Ernst kann den Paragraphen nicht benennen, versichert aber, dass er existiert und es eine Rechtsgrundlage gibt. Sie wurde von Juristen abgeklärt. Zur Zeit sind überall Inserate aufgeschaltet, denn man kann nicht erst am 1.1.2013 mit der Personalsuche beginnen, zumal Kaderstellen eine lange Kündigungsfrist haben.

Markus Ziegler drückt nochmals sein Befremden aus und bittet darum, dass der Rat noch über die gesetzliche Grundlage dieser Anstellung informiert wird.

SP, Patricia Kaiser: Laut ihren Informationen ist es ein aufgeschoben bedingter Vertrag, der dann in Kraft tritt, wenn alles genehmigt ist.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag SVP: Überweisung in die GRPK oder BPK

Nein: 27

Ja: 10

Enthaltungen: 1

Abstimmung Antrag 1 des Gemeinderats

Ja: 27

Nein: 8

Enthaltungen: 3

SP, Severin Brenneisen fragt zu Antrag 2, ob es bei den Preisänderungen um die Bauteuerung oder auch um Projektänderungen geht.

Gemeinderat Mike Keller: Es geht nur um die Bauteuerung.

Urs-Peter Moos, SVP: Das ist ein kleines, überschaubares Projekt. Wenn das eine Privatperson macht, wird im Vertrag die Teuerung ausgeschlossen. Die SVP stellt den Antrag, dass die Teuerung ausgeschlossen wird.

FDP, Markus Ziegler findet es auch speziell, dass es innerhalb der nächsten sechs Monate eine markante Teuerung geben soll. Er schliesst sich dem Vorredner an und denkt, dass diese Zeit abschätzbar sein sollte.

Gemeinderat Mike Keller: Das übliche Verfahren bei der Gemeinde ist so, dass, wenn am Schluss eine Teuerung anfällt, diese noch verrechnet wird. Aufgrund der Diskussionen um die letzten Projekte hat sich der Gemeinderat erlaubt, diesen Punkt separat aufzuführen. Das ist nichts, was die Gemeinde erfindet, sondern es werden Zahlen, die vom Bund kommen, umgesetzt. Selbstverständlich kann in den Unternehmerverträgen festgehalten werden, dass sich die Preise inkl. Teuerung bis Bauende verstehen. Dort geht es aber um Arbeitsvergaben, hier wird der Kredit gesprochen, der auf diesem Kostenvorschlag basiert. Zumindest wurde es bis jetzt in der Gemeinde so gemacht.

Urs-Peter Moos, SVP: Binningen hat viel Geld verloren, weil in den Verträgen die Teuerung oft ausgeschlossen wurde. Verträge inkl. Teuerung sind ein Standard.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Auch für sie ist der zweite Antrag etwas fragwürdig, zumal in Antrag 1 bereits eine Kostengenauigkeit von +/- 10% bewilligt wurde. Sie ist auch der Meinung, dass dieser Zusatz in Anbetracht der kurzen Ausführungszeit nicht nötig ist.

Abstimmung Antrag SVP: Antrag 2 des Gemeinderats ablehnen, was bedeutet, dass über den Antrag des Gemeinderats abgestimmt werden kann.

Abstimmung Antrag 2 des Gemeinderats

Nein:25

Ja: 11

Enthaltungen:2

BESCHLUSS

://: 1. Für die Renovation der Liegenschaft Curt Goetz-Strasse 2 (Resch-Haus) wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 900 000 (inkl. Mehrwertsteuer von zurzeit 8.0%) mit einer Kostengenauigkeit von $\pm 10\%$ bewilligt.

Der Präsident Christian Schaub schlägt dem Rat vor, in Anbetracht der kurzen Zeit, die dem Rat heute noch bleibt, das Traktandum 12 der Dringlichkeit wegen vorzuziehen.

Traktandum 12

Nr. 238

Investitionsbeitrag CHF 100 000, Kunstverein Binningen, „Binningen enlightened“

EINTRETEN:

Erika Bättig Knotek, parteilos (SP): Das 50-jährige Jubiläum des Kunstvereins Binningen ist ein Anlass für alle. Die Plattform „Binningen enlightened“ ist eine soziale Performance, ein futuristisches Projekt. 10 000 Besucher werden erwartet. Selbstverständlich ist der Kunstverein mit Swisslos und anderen Sponsoren in Kontakt, auch die Bürgergemeinde wird sich finanziell beteiligen. Mit dem Gutheissen des substantiellen Betrags von CHF 100 000 übernimmt die Gemeinde 36 Prozent der Projektkosten. Ein derart umfangreiches, auf mehreren Ebenen angelegtes Projekt ist teuer, das ist klar. Der Kontakt unter den Einwohnern Binningens wird angeregt und die anderen Vereine sind eingeladen, aktiv teilzunehmen.

Der Kunstverein ist mit seinen nahezu 600 Mitgliedern gut verankert in der Gemeinde. Seit 50 Jahren bringt er Leute zusammen und bildet. Das Jahresprogramm ist immer auf solidem, hohem Niveau und entsprechend gut besucht. Dieses Engagement soll auf keinen Fall gebremst werden und es geht auch darum, dem Kunstverein Wertschätzung zu zeigen. Das ambitionöse Vorhaben wird bestimmt gut umgesetzt und kann dereinst positive Signale aus Binningen senden....

CVP, Patrizia Scaioli: Die CVP findet das Kunstprojekt anders, spannend und gross. Nachhaltigkeit ist immer eine Herausforderung an die Kunst. Mit diesem Projekt könnte Binningen wieder einmal in ein anderes Licht gerückt werden. Auch die Fachhochschule Nordwestschweiz, die mitwirkt, wird dabei gefördert und gefördert.

Die Fraktion folgt dem Gemeinderat und möchte das Projekt mit CHF 100 000 unterstützen.

Rahel Bänziger: Die Grüne/EVP stimmt dem Projekt im Grundsatz zu. Es wird vor allem die Möglichkeit begrüsst, dass sich Binningen wieder einmal positiv in Szene setzen und ins richtige Licht rücken kann. Der Name des Projekts ist Programm. Mit der Mitwirkung aller Binningerinnen und Binningern und der Vereine hat das Ganze auch eine soziale Komponente. Die Grüne/EVP kann in diesem Fall sogar von der Umweltsünden in Form von Lichtverschmutzung, Helikoptern, Energieverbrauch absehen.

Der Betrag von CHF 100 000 erscheint der Fraktion doch etwas hoch und sie würde es sehr begrüssen, wenn der Kunstverein mehr Drittmittel in das Projekt einbringen könnte.

FDP, Sven Inäbni: Die kühne Vision eines kollektiven Kunstevents, eine ambitionöse Performance mit Einbezug mehrerer Dimensionen übt in der Fraktion grosse Faszination aus. Leider ist sie unterschiedlich ausgeprägt.

Es ist äusserst lobenswert und wertzuschätzen, dass heutzutage eine private Initiative derartige Projekte lancieren kann. Das Engagement des lokalen Kunstvereins wird als positiv und bereichernd beurteilt (auch in der Vergangenheit Geleistetes).

Neben den drei Dimensionen Boden, Luft und Radiofrequenz gibt es leider eine vierte Dimension zu berücksichtigen: Die Finanzen. CHF 100 000 sind auch für die wohlhabende Gemeinde Binningen kein Pappenstiel. Um das Sprechen eines derart hohen Betrags den Steuerzahlenden gegenüber zu rechtfertigen, müssen verschiedene Fragen geklärt werden:

Die Nachhaltigkeit ist benannt, doch ist wenig belegt, wie diese sich auswirken soll.

Die soziale Gemeinschaft ist träge und es ist fragwürdig, ob sich das grosse „Wir-Gefühl“ einstellt, 10 000 Besucher erscheinen und dass ganz Binningen mitmacht, ist zumindest zu hinterfragen.

Ein derartiger Betrag sendet Signale und es stellt sich die Frage, ob andere Vereine auch in einer derart privilegierten Situation sind, als dass sie in Zukunft einen so hohen Betrag geltend machen können.

Ausserdem denkt die FDP, dass die Beträge von Dritten noch zu wenig ins Gewicht fallen. Die Suche nach privaten Sponsoren konnte nicht nachvollzogen werden. Die Fraktion bedauert es, dass in aller Eile ein Entscheid gefällt werden muss, da sonst das Projekt möglicherweise gefährdet ist.

Da Zweidrittel des Gesamtbudgets Lohnkosten sind, ist man der Meinung, dass mehr Freiwilligenarbeit möglich sein muss.

Die FDP wählt anstelle eines enthusiastischen JA den verantwortungsvolleren Weg und weist das Geschäft zurück, doch nicht auf ewige Zeiten. Man ist bereit, das Geschäft wieder zu diskutieren, wenn weitere Alternativen geprüft, die Fragen geklärt sind und die Finanzierung weniger einseitig ausfällt.

Beatrix Bürgin, SVP: Es ist klar, dass ein Jubiläum gefeiert werden muss, doch ist der Fraktion der Investitionsbeitrag von CHF 100 000 zu hoch. Sie findet es auch erschreckend, dass von den budgetierten CHF 280 000 Zweidrittel an Personalkosten gehen.

Für die SVP sind CHF 50 000 das Maximum das sie sprechen will.

FDP, Jürg Humbel findet es nicht richtig, dem Verein einfach CHF 100 000 zu geben. Er ist dafür, dass der Rat eine Defizitgarantie bis zu einem Maximalbetrag von CHF XXX gibt. Ansonsten fehlt der Ansporn, weiter nach Sponsoren zu suchen.

Gemeinderat Bruno Gehrig möchte die Bedeutung dieses einmaligen Events in den Vordergrund stellen. Der Binninger Kunstverein ist mit seinen 600 Mitgliedern ein bedeutender Pfeiler des kulturellen Lebens der Gemeinde. Durch das vielfältige, hochstehende Jahresprogramm werden Menschen verschiedener Altersgruppen angesprochen. Der Verein leistet nicht nur für seine Mitglieder, sondern auch für die Öffentlichkeit Bedeutendes – und dies in der Regel ohne Beitrag der Gemeinde. Im Gegensatz zu anderen Vereinen erhält der Kunstverein keinen festen Jahresbeitrag. In den letzten acht Jahren hat Binningen den Verein mit rund CHF 20 000 aus dem Kulturfonds unterstützt. CHF 2 500 pro Jahr.

Der beantragte Investitionsbeitrag entspricht einem 115telstel der Budgetverbesserung im 2011. Der Gemeinderat weist weiter darauf hin, dass der Stadt Basel jährlich CHF 120 000 an die kulturelle Zentrumsfunktion überwiesen wird. Dieses Projekt verlangt Professionalität, was die relativ hohen Personalkosten erklärt.

Die Sportvereine, die auch viel für die Dorfkultur und das Dorfleben leisten, werden jährlich von der Gemeinde grosszügig unterstützt.

All diese Überlegungen haben bei der Entscheidung des Gemeinderats eine Rolle gespielt. Dazu kommt, dass die ganze Bevölkerung und die Vereine miteinbezogen werden und wegen der modernen technischen Ausrüstung wahrscheinlich vor allem die jüngeren Einwohner/-innen angesprochen werden.

Dieser Event findet bestimmt im positiven Sinn über die Gemeindegrenze hinaus grosse Beachtung, was der Gemeinde gut tut. Es geht hier um den Jubiläumsbeitrag Binningens an den Kunstverein, rund ein Drittel der Gesamtkosten soll übernommen werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man sich das leisten soll und darf. Der Betrag geht zu Lasten des Budgets 2013.

Ein ablehnender Bescheid gibt falsche Signale. Im Interesse der Gemeinde und der Bevölkerung muss auch im kulturellen Bereich ein minimales aktives Gemeindeleben fördernd unterstützt werden. Der Kunstverein ist darauf angewiesen, dass der Einwohnerrat heute den Entscheid fällt, da sonst die aufwändigen Organisationsarbeiten nicht aufgenommen werden können. Das Projekt müsste in diesem Fall wahrscheinlich auf 2014 verschoben.

Im Namen des Gemeinderats bittet Bruno Gehrig um Unterstützung des Antrags.

Abstimmung Antrag FDP auf Rückweisung

Abgelehnt mit 19 Nein zu 15 Ja bei 4 Enthaltungen.

SVP, Urs-Peter Moos ist nicht damit einverstanden, dass man das Geschäft wegen Zeitdrucks nicht genauer anschauen kann. Der Kunstverein weiss nicht erst seit gestern wann er das Jubiläum hat. In dieser

Gemeinde wird mit verschiedenen langen Ellen gemessen. Der Kunstverein hat anscheinend eine gute Lobby. Bei anderen Anträgen (z.B. Schwingkeller) wurde heftig debattiert und gemäkelt. Hier will man CHF 100 000 für einen einmaligen Event sprechen, bei dem nicht belegt ist, wer sonst noch Geld gibt. Eine Auflistung der Geldgeber ist das Minimum, das für ein solches Begehren erfüllt werden muss. Die SVP stellt darum im Sinne von Jürg Humbel den Antrag, dass der Rat eine Defizitgarantie von CHF 50 000 spricht.

Peter Heiz, FDP: Die vorher gesprochenen CHF 900 000 sind ein Betrag in eine nachhaltige Institution, von der auch wieder etwas zurück kommt. Im Verhältnis dazu empfindet der Redner den verlangten Betrag beinahe schon unverschämt. Es soll viel Geld ausgegeben werden, damit Binningen wieder einmal positiv in Erscheinung tritt. Peter Heiz kann dem Event mit Helikoptern, LED etc. nicht viel abgewinnen und bittet darum, derartige Begehren abzuschmettern.

CVP, Katrin Bartels findet auch, dass die Helikopterfliegerei der Umwelt nicht zuträglich ist. Nachhaltigkeit manifestiert sich aber auch darin, inwiefern danach noch vom Ereignis gesprochen wird. Sie macht darauf aufmerksam, dass die Konsumgewohnheiten der Ratsmitglieder nicht den Konsumgewohnheiten der Jugend entsprechen. Wenn er auf Youtube oft angeklickt wird, ist eine Nachhaltigkeit eines Kulturvents durchaus möglich.

Im Budget werden CHF 280 000 für die tatsächlich anfallenden externen Kosten ausgewiesen. Die Freiwilligenarbeit wird nicht geleistet, sondern sie wird einfach nicht ausgewiesen. Zu verlangen, dass die Freiwilligenarbeit ausgewiesen werden muss, entspricht nicht dem, wie solche Vereine funktionieren und es ist unverschämt, zu verlangen, dass die Freiwilligenarbeit noch ausgeweitet wird, weil sie auch so schon den aufgeführten Betrag um ein Vielfaches übersteigt.

Katrin Bartels kann sich mit dem Vorschlag von Jürg Humbel anfreunden, ist aber vehement dagegen, den Betrag auf CHF 50 000 zu reduzieren. Sie beantragt deshalb, dass eine Defizitgarantie von CHF 100 000 gesprochen wird.

FDP, Markus Ziegler findet das Projekt hochspannend, teilt aber die Bedenken die hohe finanzielle Beteiligung betreffend. Er versteht nicht, warum man dieses Geld aus dem ordentlichen Budget nehmen will, wo es doch den Kulturfonds gibt, der für Derartiges gedacht ist. Der momentane Stand ist bei CHF 100 000 und man könnte die Finanzierung über diesen Budgetposten machen, was auch neutral für die Rechnung 2013 wäre. Da er das für einen guten Kompromiss hält, hat er einen entsprechenden Antrag beim Präsidenten deponiert.

Roger Moll, parteilos (SVP): Alle wissen, wie grosszügig der Gemeinderat die hiesigen Vereine (vor allem die Gross-Vereine) unterstützt. Er versteht alle, die diesen Kunst-Event unterstützen wollen, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, dass in der nächsten Legislatur mindestens zwei Geschäfte die Sportvereine betreffen werden und ist gespannt, ob die Voten dann auch so euphorisch dafür sind. Er unterstützt die CHF 100 000, weil die Sportvereine auch profitiert haben und es deshalb auch eine Frage der Gerechtigkeit ist.

Pascal Treuthardt, FDP: In der Vorlage heisst es „ohne Fernsehkosten“. Was bedeutet das? Für welchen Betrag wird der Event ans Fernsehen verkauft – oder andersherum: Wieviel Werbezeit muss gekauft werden, damit das Fernsehen etwas darüber sendet? „Ohne Fernsehkosten“ kann heissen, dass viel Geld eingespielt oder die Sache sehr, sehr teuer werden kann.

SP, Vreni Dubi: Wenn man das Geld aus dem Kulturfonds nimmt, kann ein ganzes Jahr lang nichts anderes unterstützt werden. In Binningen gibt es aber ganz bestimmt viele andere kleine Sachen, die unterstützungswürdig sind.

Rahel Bänziger: Die Grüne/EVP ist dagegen, das Geld aus dem Kulturfonds zu nehmen. Dieser ist dafür gedacht, kleinere Beträge an kleinere Projekte etc. zu sprechen. Man ist nicht glücklich darüber, dass

hier die Vereine gegeneinander ausgespielt werden. Schliesslich hat man auch CHF 3 Millionen für einen Kunstrasen ausgegeben und die Schwinger bekommen ihre Schwinggrube...

Gemeinderat Bruno Gehrig: Auch wenn der Beitrag aus dem Kulturfonds genommen wird, muss im Rat darüber diskutiert werden, weil das ganze Geld für nur ein Projekt eingesetzt werden soll.

Zum Thema Fernsehen hat er keine näheren Informationen. Der letzte Stand ist, dass die Verhandlungen noch laufen.

Der Gemeinderat macht nochmals darauf aufmerksam, dass der Kunstverein CHF 180 000 selber bringen muss, was in der heutigen Zeit wahrlich nicht einfach ist. Dazu kommt noch die immense gratis geleistete Arbeit.

FDP, Markus Ziegler stellt klar, dass er nicht weitere CHF 100 000 in den Kulturfonds einspeisen, sondern das vorhandene Geld einsetzen will. So werden das Budget und die Rechnung 2013 nicht belastet, was ein substantieller Unterschied ist.

ABSTIMMUNG

Abstimmung Antrag FDP: Der Einwohnerrat unterstützt das Projekt „Binningen enlightened“ des Kunstvereins Binningen mit einem Betrag von CHF 100 000 zu Lasten des Kulturfonds.

Angenommen mit 19 Ja zu 13 Nein und 6 Enthaltungen.

Urs-Peter Moos: Die SVP passt ihren Antrag an. Da das Geld aus dem Kulturfonds kommen wird, soll die Defizitgarantie CHF 100 000 betragen, nicht nur CHF 50 000.

Abstimmung Antrag FDP: Das Geld soll in der Form einer Defizitgarantie gesprochen werden.

Ja: 27

Nein: 3

Enthaltungen: 8

SCHLUSSABSTIMMUNG

Antrag des ER gegenüber Antrag GR

ER: 22 / GR: 16

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat unterstützt das Projekt „Binningen enlightened“ des Kunstvereins Binningen mit einem Beitrag von CHF 100 000 zu Lasten des Kulturfonds im Rahmen einer Defizitgarantie.

Traktandum 11

Nr. 228

Motion SP: Kommissionsreglement

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird für die Sitzung vom 27. August 2012 traktandiert.

Mietzinsbeiträge: Revision**BESCHLUSS**

://: Das Geschäft wird für die Sitzung vom 27. August 2012 traktandiert.

Diversa**Anfrage U.-P. Moos, SVP: Abrechnung Gesamtprojekt Schlosspark****256**

Gemeinderätin Agathe Schuler: Die Anfrage betrifft das Geschäft 123, das am 18.10.2010 in ein Spezko gegeben wurde. Diese Spezko ist nach wie vor an der Arbeit. Vorgängig ein kleines Update: Die Einstellhalle für den Schlosspark konnte dank der guten Zusammenarbeit mit der Klara-Stiftung (Grundeigentümerin der Überbauung Amerikanerstrasse 19–23) gebaut werden. Die Stiftung hatte einem Unterbaurecht für einen Teil der unterirdischen Einstellhalle zugestimmt. Die Gemeinde konnte also die Einstellhalle unter dem Garten dieser Liegenschaft erstellen und so die vom Kanton geforderte Anzahl Parkplätze realisieren. Das Unterbaurecht konnte mit einer einmaligen Zahlung abgegolten werden.

Antwort 1: Die einmalige Entschädigung von CHF 110 000 wurde am 4.7.2008 bezahlt.

Antwort 2: Am 29.1.2008 wurde vom Gemeinderat der entsprechende Beschluss gefasst.

Antwort 3: Der Gemeinderat schätzt die Frage nach der Finanzkompetenz aufgrund von § 44 der Gemeindeordnung und aufgrund des Paragrafen im Finanzreglement anders ein als der Anfrager.

Gemeindepräsident Charles Simon lädt die Anwesenden zum Preesi-Fest ein, das am 24. Juni um 17 Uhr im Kronenmattsaal stattfindet.

Präsident Christian Schaub verabschiedet die Gemeinderät/-innen Charles Simon, Anne Mati, Agathe Schuler, Nicole Schwarz und Bruno Gehrig. Es folgt eine musikalische Einlage von Rahel Bänziger und Susanne Tribolet.

Anschliessend verabschiedet der Präsident die abtretenden Einwohnerrät/-innen Vreni Dubi, Traude Rehmann, Martin Bolleter, Barbara Jost, Willy Müller, Urs-Peter Moos, Jean-Bernard Urech, Karl J. Heim.

Christian Schaub bedankt sich bei allen, die zum guten Ablauf der Einwohnerratssitzungen beigetragen haben, insbesondere den beiden Vizepräsidentinnen, dem Büro des ER, der Sekretärin des ER, den Stimmentzählenden und der Verwaltung. Ein grosser Dank geht nach diesem nicht einfachen Jahr auch an den Gemeinderat.

Der Präsident wird mit einem grossen Applaus verabschiedet.

Die Sitzung wird geschlossen.

Die konstituierende Einwohnerratssitzung findet am Montag, 25. Juni 2012, 19.30 Uhr statt.